



1. Wie steht Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung und gibt es hierzu Aussagen im Parteiprogramm?

Wir FREIE WÄHLER verstehen uns als Partei der Mitte, die Sachpolitik ohne jegliche Ideologien vertritt. Wir machen Politik für alle Menschen in Hessen. Eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung von der Geburt bis an das Lebensende gehört für uns zu einer der gesellschaftlichen Grundaufgaben.

2. Hat Ihre Partei konkrete Pläne zur Unterstützung und Weiterentwicklung der hessischen Hospiz- und Palliativarbeit?

Die FREIE WÄHLER setzen sich für eine deutliche Stärkung des gesamten Gesundheits- und Pflegesystems durch u.a. das politische Hinwirken auf eine bessere Bezahlung für Gesundheits- und Pflegeberufe (wobei die finanzielle Aufwertung des Fachpersonals sich nicht so erheblich auf den Pflegesatz in Einrichtungen auswirken sollte), die Förderung der Ausbildung und eine attraktivere Gestaltung von Arbeitsbedingungen, ein. Dies dient dem Erhalt der bestehenden Fachkräfte, aber auch dem Zugewinn von Fachkräften (auch aus dem Ausland.)

3. Welche Position vertritt Ihre Partei zur sog. „Sterbehilfe“, bzw. zur geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung nach § 217 StGB? Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, im Sinne einer Suizidprävention?

Wir schließen uns der Position der „Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin“ (DGP) zum Thema „Sterbehilfe“ an. Einer geschäftsmäßigen Verbreitung des Themas Sterbehilfe muss Einhalt geboten werden, dies kann nur durch einen flächendeckenden Auf- und Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung in Deutschland geschehen. Ziel sollte es sein, bei schwerer Erkrankung für weitgehende Linderung der Symptome und Verbesserung der Lebensqualität zu sorgen - in welchem Umfang auch immer die Betroffenen dies wünschen.

Im Sinne der Suizidprävention ist der Auf- und Ausbau gesundheitlicher Versorgungsstrukturen das A und O für eine entsprechende individuelle Begleitung im Krankheitsfall. Dazu gehören neben allgemeinen Anlaufstellen, auch spezielle kompetente Beratungsstellen.

4. Welche Strategien und konkreten Pläne verfolgt Ihre Partei, um allen Menschen, so z. B. auch hochbetagten, behinderten Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund, ein gutes Lebensende und Sterben in Würde zu ermöglichen?

Der Umgang mit dem Tod in unserer Gesellschaft darf nicht länger ein Tabu sein. Deshalb stehen wir für eine menschenwürdige Begleitung Schwerstkranker und Sterbender. Menschen sollen die Freiheit haben, selbstbestimmt zu entscheiden, wo sie sterben möchten. So auch zu Hause im Kreise ihrer Angehörigen. Dazu gehört der weitere Ausbau und die Unterstützung der spezialisierten ambulanten palliativen Versorgung (SAPV Team), auch für den Bereich der Kinderhospizarbeit.

Ziel muss es sein, die Palliativmedizin durch die Förderung mobiler Reha- und Kinderpalliativteams sowie stationärer Einrichtungen zu stärken. Neben



Weiterbildungsmöglichkeiten für Pflegekräfte braucht es auch eine bessere finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Hospizhelferinnen und -helfern.

Menschen sollten die Freiheit haben zu entscheiden, wo sie sterben möchten. So auch zu Hause im Kreise ihrer Angehörigen. Dazu bedarf es einer ambulanten Palliativmedizin. Diese gilt es sicher zu stellen. Wenn die Pflegeberufe aufgewertet werden, hilft das ebenfalls der Hospizbetreuung.

Der Erhalt der kommunalen Krankenhäuser ermöglicht zudem kurze Wege für die Angehörigen und schafft ein Heimatgefühl für den Sterbenden. Vor dem Hintergrund, Sterben in Würde gilt es die mobilen Palliativteams auch für Kinder zu stärken, die Weiterbildung der Pflegekräfte zu fördern und die finanzielle Unterstützung für die ehrenamtlichen Hospizhelfern sicher zu stellen.

Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Gesundheitsfachberufen durch Förderung der betrieblichen Gesundheitsförderung, adäquate Bezahlung der Professionellen sowie Beschleunigung von Einreise- und Anerkennungsverfahren von Fachkräften aus dem Ausland. Zudem muss ein Augenmerk auf die Förderung des Auf- und Ausbaues ambulanter und innovativer Versorgungskonzepte gelegt werden. So wie z.B. aktuell in Bayern „PflegesNaH“.

5. Wie wird Ihre Partei die sektoren- und ressortübergreifende Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen gestalten?

Gerade die Versorgung von Kindern ist auf Grund der benötigten fachlichen Expertise und des Fachkräftemangels, sowie dem Fehlen an ausreichenden ambulanten speziellen Diensten, eine der größten Herausforderungen. Konkret wäre eine Implementierung einer eigenen Abteilung mit dem Schwerpunkt Gesundheit & Pflege von Kindern und Jugendlichen, innerhalb des neu gegründeten Hessischen Landesamtes für Gesundheit und Pflege, erstrebenswert.

6. Der Kreis derer, die einer hospizlich-palliativen Sorge bedürfen, steigt stetig. Dem stehen eine Ressourcenknappheit und ein Fachkräftemangel gegenüber. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um diese Diskrepanz zu entschärfen und den Fachkräftemangel zu beheben?

Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Gesundheitsfachberufen durch Förderung der betrieblichen Gesundheitsförderung, adäquate Bezahlung der Professionellen sowie Beschleunigung von Einreise- und Anerkennungsverfahren von Fachkräften aus dem Ausland („Fast-Lane“). Eine hessenweit einheitliche, digitalisierte und zügige Verfahrensabwicklung ist hier erstrebenswert. Hierzu muss u.a. der Verwaltungsvollzug beschleunigt und die Zusammenarbeit der Ausländer- und Beratungsbehörden intensiviert werden.

7. Hat Ihre Partei Pläne, die ambulanten und stationären hospizlichen und palliativen Versorgungsstrukturen (Hospizdienste, AAPV, SAPV sowie Palliativstationen und -teams) in Hessen auszubauen? Stichwort Stadt / Landgefälle. Wenn ja, welche Pläne sind das?

Eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung im Bereich der hospizlichen und palliativen Betreuung sind ein Anliegen der FREIE WÄHLER. Die vorhandenen Versorgungsstrukturen müssen gestärkt werden, um auch den ländlichen Raum besser abdecken zu können. Daraus sollte neue Modellregionen entstehen, die unterstützt und gefördert werden. Auch hier steht an erster Stelle die Förderung der Anwerbung sowie, Aus- und Weiterbildung von Gesundheitsfachpersonal. Dies ist nötig, um diese qualitativ hochwertige Versorgung auch zu gewährleisten.



8. Die Landesregierung hat zum 1.1.23 das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege gegründet. Wo sind ihrer Meinung nach Schnittpunkte zu den Themen Tod und Sterben bzw. Trauer? Inwieweit ist Ihre Partei, im Sinne des „Health in all Policies Ansatzes“, motiviert, zukünftig bei politischen Entscheidungen diesen Ansatz zu anzuwenden?

Eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung von der Geburt bis an das Lebensende gehört für uns zu einer gesellschaftlichen Grundaufgabe. So sollte auch das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege diese Themen aufgreifen und umfassend darüber informieren.

Um die aktuellen politischen Herausforderungen im Bereich Gesundheit und Pflege zu lösen, ist eine politikfeldübergreifende Strategie unerlässlich.

9. Hessen ist das erste Bundesland, das den Sterbeort bei der Leichenschau erfasst. Bislang werden diese Daten (fast) nicht ausgewertet um z. B. Fragen nach der Versorgungsqualität zu beantworten. Plant Ihre Partei hierfür ein Sterbeortregister, wenn ja, was sind aus Ihrer Sicht die Fragen, die eine Antwort benötigen?

Wenn diese Daten bereits erfasst werden, sollten diese Daten auch in einer fundierten Evaluation Verwendung finden. Sie sollten dafür genutzt werden, die regionale Hospiz- und Palliativversorgung in Hessen weiterzuentwickeln und zu stärken.

10. Das Land Hessen hat mehrfach kleinere Aufklärungskampagnen zu hospizlich-palliativen Themen finanziell unterstützt, die viel positive Aufmerksamkeit erzielen konnten. Plant Ihre Partei hier eine Intensivierung und Verstärkung der niederschweligen Aufklärung zu hospizlich-palliativen Themen, die auch unserer Sicht dringend notwendig ist, damit der Bürger eine wirkliche Entscheidungsfreiheit hat, wenn er sich zum „selbstbestimmten Sterben“ entscheiden will?

Das Primärziel sollte die Aufklärung und Information zu gesundheitlichen Aspekten zur Stärkung der Gesundheitskompetenz der gesamten Bevölkerung sein.

Darüber hinaus sind relevante Kampagnen so z.B. #dasistpalliativ von der DGP – oder ähnliche Kampagnen unterstützenwert.

11. Mit der Einführung des § 132g SGB V Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase [§ 132g SGB V Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase \(sozialgesetzbuch-sgb.de\)](https://sozialgesetzbuch-sgb.de) hat der Gesetzgeber versucht die Versorgung von Bewohnern, in Pflegeeinrichtungen oder in Einrichtungen der Eingliederungshilfe, am Lebensende näher an deren Wünschen zu gestalten. Leider ist die Umsetzung noch immer schleppend. Der allgewärtige Fachkräftemangel in der Pflege, lähmt die Umsetzung. Was plant Ihre Partei um hier Abhilfe zu schaffen?

Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Gesundheitsfachberufen durch Förderung der betrieblichen Gesundheitsförderung, adäquate Bezahlung der Professionellen sowie Beschleunigung von Einreise- und Anerkennungsverfahren von Fachkräften aus dem Ausland usw. muss hier prioritär vorangetrieben werden.